

Reto Michel  
Oberfeld 2  
6102 Malters

Bundesgericht  
Postfach  
1000 Lausanne 14

Malters, den 26.12.2013

Antrag : Unter Kosten- und Entschädigungsfolge zu Lasten des Bundesgerichts

### **2te öffentliche Anzeigeforderung an das Bundesgericht**

An das Plenum der Bundesrichter

Zur Sachlage : Dieses Schreiben bildet zusammen mit meiner ersten Anzeigeforderung vom 19.7.2013 und mit meiner beigelegten Stellungnahme eine Einheit. - Ich habe Sie (das Plenum) im Schreiben vom 19.7.2013 aufgefordert zur Selbstanzeige eines verbrecherischen Offizialdelikts, welches das BG zu verantworten hat.

Zum 2ten Mal : Sie haben die behördliche Pflicht, als Behörden-Institution, Rechtsverbrechen (Offizialdelikte), die sich in Ihrer Behörde zutragen, bei einer vom BG unabhängigen Kontrollinstanz (Nationalratskommission) anzumelden und anzuzeigen.

Da dieses perverse Rechtsverbrechen gegenüber mir als verbrecherische Handlung begangen wurde, verlange ich die persönliche Anhörung vor dieser Kontrollinstanz.

Ich verlange von Ihnen die Zustellung einer Kopie Ihrer Anzeige. - Sollte ich keine Antwort in diesem Sinn von Ihnen erhalten, bleibt mir nur der folgende Schluss :

Sie (das Plenum) unterstützen das perverse Rechtsverbrechen, das sich in Ihrer Behörde zugetragen hat. Damit werden Sie zu korrupten Mittätern und Mitverbrechern. Sie verletzen auf das extremste Ihre Neutralitätspflicht, auf welche Sie Ihren Amtseid geleistet haben. Fazit : Sie schänden damit das Bundesgericht, das dem Schweizervolk gehört.

Dann bin ich der Schweizer-Bevölkerung gegenüber verpflichtet, entsprechende Rechtsschritte selbst zu unternehmen - d.h. die entsprechende Kontrollinstanz zu informieren.

Denn : Mit Ihrem zu verantwortenden, pervers-verbrecherischen Entscheid sanktionieren Sie eine 'Richterstufe' tiefer das mehrfache Lügen und mehrfache perverse Rechtsverbrechen 3er Kantonsrichter und eine weitere Stufe tiefer das mehrfache perverse Rechtsverbrechen einer Staatsanwältin (vormals Amtstatthalterin).

Als Schweizer-Bürger ist es meine demokratische Pflicht, die Bevölkerung auf solche extremen Rechtsverbrechen, wie sie sich in unseren (staatlichen) Behörden ereignen, aufmerksam zu machen.

**beachte : Tatsachen schafft man nicht aus der Welt, indem man diese im Sinne des Machtmissbrauchs und der Machtwillkür nicht wahrnimmt und damit bewusst ignoriert ...**

Reto Michel , Malters (CH)

- Beilage : Stellungnahmen zum Antwort-Brief des BGs vom 24.7.2013
- Rechtsgültiger Beweis für das Absenden des Briefes vorhanden
- Kopien